

MONITOR

NACHHALTIGKEIT NR. 2/2025

Wasser wird zur kritischen Ressource

Perspektiven für ein klimaresilientes Wassermanagement in Deutschland und der EU

Gisela Elsner

- › Wasserpolitik muss auf nationaler wie europäischer Ebene ein prioritärer Teil der Klimaanpassungspolitik sein. Dafür bedarf es der ressortübergreifenden Zusammenarbeit – idealerweise mittels vorhandener Strukturen – und einer Integration der Wasserpolitik in andere Politikbereiche.
- › Bei der Umsetzung vorhandener Wasserpolitikstrategien müssen Anreize für den sorgsamen Umgang mit Wasser geschaffen sowie Flächen- und Nutzungskonflikte regional differenziert geregelt werden.
- › Wasser wird zunehmend zum Wettbewerbsfaktor. Für die Wirtschaft erwachsen daraus neue Geschäftsmodelle.
- › Das beschlossene Infrastrukturpaket der Bundesregierung sollte genutzt werden, um die Wasserinfrastruktur den Herausforderungen anzupassen und Forschung sowie die (Bewusstseins-)Bildung in der Bevölkerung zu Wasserfragen zu intensivieren.
- › Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilen sich Wasserressourcen, so dass eine immer bessere Koordination wasserbezogener Maßnahmen erforderlich ist. Zugleich sollte die europäische Technologieführerschaft im Wasserbereich auf EU-Ebene genutzt werden, um eine Führungsrolle in der Wasserdiplomatie einzunehmen.
- › Herausforderungen in Zusammenhang mit Wasser sind nie nur hydrologische oder ökologische Phänomene, sondern haben auch wirtschaftliche, soziale und politische Auswirkungen. Sie lassen sich aber gestalten – durch einen langfristigen Blick auf das große Ganze und das mutige, innovative Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

Inhaltsverzeichnis

Steht uns das Wasser bis zum Hals?	2
Der (Wasser-)Stand der Dinge	2
Die Rolle der Politik	3
Die Rolle von Wirtschaft & Technologie.....	5
Eine (noch) „wasserblinde“ Gesellschaft?	6
Die Europäische Wasserresilienzstrategie	7
„Kilometersteine“ für ein klimaresilientes Wassermanagement.....	8
Impressum	12

Steht uns das Wasser bis zum Hals?

Rekordhitze Anfang Juli, erhöhte Waldbrandgefahr schon in den ersten Monaten des Jahres – in einem Frühjahr, das zu den trockensten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881 zählt.¹ Feuer in Frankreich, Griechenland und Spanien, Fluten in Italien und Litauen – Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels sorgen für kostenträchtige Schäden, gefährden oder vernichten Existenzen, auch in Europa und speziell in Deutschland. Eine besondere Herausforderung ist dabei, dass nach den Erkenntnissen der Wissenschaft Veränderungen weniger vorhersagbar werden, was Handlungsspielräume in wasserbezogenen Bedrohungs- und Notlagen einschränkt.² Hierzulande und weltweit nimmt die Wasserknappheit zu. Zudem geraten Wasservorräte durch Verschmutzung, Übernutzung und im Kontext der Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen unter Druck.

Kaum eine Folge des Klimawandels dürfte die Menschheit gravierender treffen als ein Mangel an Wasser, der schon jetzt ökonomisches wie ökologisches Konfliktpotential birgt und künftig Gefahren für die Sicherheit und den Zusammenhalt von Gesellschaften mit sich bringen kann.

Entscheidend ist es, rechtzeitig gegenzusteuern, um Wasserressourcen in Menge und Qualität langfristig zu sichern, Interessenkonflikte zwischen Verbrauchern, Industrie und Landwirtschaft zu moderieren und zugleich die Potentiale zu nutzen, die Wasser hinsichtlich einer Anpassung an den Klimawandel birgt.

Doch ist diese Tatsache schon überall da angekommen, wo Stellschrauben bewegt werden und ineinandergreifen müssen: in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – national wie international?

Im Folgenden soll die Rolle betrachtet werden, die diese drei Akteursgruppen einnehmen sollten, um ein nachhaltiges Wassermanagement zu erzielen.

Der (Wasser-)Stand der Dinge

„Wasser ist die Grundlage allen Lebens.“, lautet der erste Satz der 2023 von der Ampel-Koalition verabschiedeten, ressortübergreifenden Nationalen Wasserstrategie (NWS) der Bundesregierung, deren Vision und strategische Ziele bis 2050 umgesetzt werden sollen.³ Wasser wird überall gebraucht. Es kann Problem oder Lösung sein – Gegenstand von Konflikten ebenso wie einende

Ressource. Abgesehen vom Klimawandel dürfte es kaum ein Umweltthema mit größeren ökonomischen und ökologischen Reibungsflächen geben als den Umgang mit Wasser.⁴

Allerdings ist Wasser nicht nur Umwtelelement, sondern auch ein wirtschaftlich relevanter Faktor: sei es bei der Produktion von Gütern, der Energieerzeugung oder etwa als Transportweg für Frachtschiffe. Das bringt zugleich Potential für Verteilungs- und Interessenkonflikte mit sich, die beim Wassermanagement berücksichtigt werden müssen. Darunter ist etwa die Frage, wie viel Raum man dem Wasser zugesteht: als „blaues“ Element in Flüssen, Seen, Talsperren und Grundwasser; in Gestalt von sog. „grünem Wasser“ – im Boden gebunden, zur Kühlung und Versickerung im stark versiegelten städtischen Bereich, für Landwirtschaft und damit Nahrungsproduktion, für Energiegewinnung und als Wasserstraße. Derzeit entfallen weltweit etwa 72 Prozent aller Süßwasserentnahmen auf die Landwirtschaft, 15 Prozent auf die Industrie und 13 Prozent auf Kommunen und Haushalte, wobei es erhebliche regionale und einkommensbezogene Unterschiede gibt⁵ – besonders auch, was virtuelle Wasserströme angeht, also das zur Herstellung von Gütern benötigte und in ihnen enthaltene Wasser.

Zudem ist zu beantworten, wer in diesen Fragen über Prioritäten entscheiden soll – gerade in einem föderal organisierten Land wie der Bundesrepublik Deutschland, aber auch im Rahmen der Europäischen Union und weltweit, zumal die Ressource Wasser regional und global ungleich verteilt ist. So haben laut UNESCO ca. 2,2 Mrd. Menschen keinen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser und sogar rund die Hälfte der Weltbevölkerung leidet derzeit zumindest für einen Teil des Jahres unter schwerem Wassermangel.⁶ Dies hat Folgen für die Entwicklung der globalen Gesundheit.

Hier ist die Politik gefragt, national wie international entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein klimaresilientes Wassermanagement⁷ ermöglichen und bereits bestehende wasserrechtliche Vorschriften und Abkommen effizient umzusetzen.

Die Rolle der Politik

Das Thema Wasser im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Die Wasserversorgung, einschließlich der Entsorgung und Aufbereitung, ist eine zentrale Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Über den Bedarf, Wasserressourcen langfristig zu sichern und zu steuern, um sie ebenso langfristig nutzen zu können, besteht in der Politik ein breiter Konsens. Auf Bundesebene haben sich die Parteien der schwarz-roten Regierung in ihrem Koalitionsvertrag zur Nationalen Wasserstrategie bekannt. Da ein Großteil des Prozesses zur Erarbeitung der Strategie bereits unter der letzten unionsgeführten Koalition mit der SPD stattgefunden hatte, liegt ein solch pragmatischer Ansatz auch nahe. Man will priorisierte Maßnahmen der Nationalen Wasserstrategie umsetzen und sie gemeinsam mit den Ländern vor dem Hintergrund des Klimawandels weiterentwickeln. Es finden sich verschiedene Bekenntnisse zur Ertüchtigung und langfristigen Förderung der Wasserinfrastruktur. Neu ist, dass ein Bund-Länder-Gremium eingerichtet werden soll, um notwendige länderübergreifende wasserwirtschaftliche Maßnahmen gegen Wassermangel für betroffene Flüsse (wie zum Beispiel die Spree) vorzubereiten.⁸ Auch die Beschleunigung des Hochwasser- und Küstenschutzes als Maßnahmen zur Klimaanpassung hat man im Blick und will wasserschonend wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe in wasserarmen Regionen von Auflagen befreien. Zu den Prioritäten zählen ferner die Erarbeitung bundesweit geltender Leitlinien für den Umgang mit Wasserknappheit – also die Klärung der Frage vorrangiger Nutzungsbedürfnisse – sowie das Aufstellen abgestimmter, transparenter Priorisierungsmechanismen und klarer Regeln im Falle lokal oder regional erforderlicher Einschränkungen aufgrund von

Wasserknappheit.⁹ In der Entwicklung ist ferner ein Informationssystem Niedrigwasser (NIWIS), das ab dem 1. Quartal 2026 bundesweit einheitliche überregionale Informationen zu diesem Thema bieten soll. Der räumliche Überblick und die zeitliche Einordnung von Niedrigwasserereignissen, basierend auf Messdaten, ermöglicht eine fundierte Bewertung der aktuellen Situation durch Fachleute und die interessierte bzw. betroffene Öffentlichkeit.¹⁰

Von den Fachverbänden wurden diese ersten Impulse und Eckpunkte überwiegend begrüßt. Nun bedarf es pragmatischer Umsetzungsschritte.

Komplexe rechtliche Regelungen in Deutschland und der EU

Dazu gehört auch, das komplexe System gesetzlicher Regelungen auf deutscher und europäischer Ebene an die Herausforderungen durch den Klimawandel anzupassen, um Ressourcenschutz, Bewirtschaftung der Wasserinfrastruktur sowie Versorgungssicherheit im Hinblick auf Wasserqualität und -verteilung zu gewährleisten. In Deutschland genießt die öffentliche Wasserversorgung einen verfassungsrechtlich verankerten Vorrang, der sich aus Sozialstaats- und Umweltstaatsprinzip ergibt und zudem aus der grundrechtlichen Schutzpflicht des Staates für das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger speist.¹¹ Dies unterstreicht noch einmal die elementare Bedeutung der Ressource Wasser. Die Gewässer werden grundsätzlich vom Staat bewirtschaftet.

Die Regelungskomplexität hierzulande wird durch das föderale System erhöht: Der Bund besitzt die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz im Wasserrecht (§ 1 WHG, Art. 74 Abs. 1 Nr. 32 GG). Im Zentrum des Gewässerschutzrechts steht das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz, WHG). Ziel dieses Gesetzes ist, die rechtlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung zu schaffen und so die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts als Lebensgrundlage des Menschen, Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie nutzbares Gut zu schützen (§1 WHG). Das WHG enthält zahlreiche Öffnungsklauseln, die den Ländern in vielen Bereichen Raum für eigene Regelungen lassen.

Der Vollzug der wasserrechtlichen Vorschriften liegt ausschließlich bei den Ländern, wo die Wasserwirtschaftsverwaltung meist dreistufig organisiert ist: zwischen Landesministerien (strategische Steuerung), Regierungspräsidien bzw. Bezirksregierungen (fachliche Koordination) sowie Kreisen und kreisfreien Städten (lokaler Vollzug). Kommunen sind zuständig für Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Diese Aufgaben sind durch Landesrecht geregelt und werden in verschiedenen Organisationsformen erfüllt (z. B. Zweckverbände, Eigenbetriebe). Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) dient der Abstimmung wasserwirtschaftlicher Themen zwischen Bund und Ländern.

Auf der Ebene der europäischen Union ist der rechtliche Besitzstand (*Acquis*) zum Themenfeld Wasser umfangreich, was angesichts der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten teilweise Flüsse und Küsten und damit auch die Herausforderungen beim Thema Wasser teilen, nicht verwundern kann. Dabei gibt die EU den Rahmen vor, so etwa über die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Für die konkrete Umsetzung der Regulierungen in den Mitgliedstaaten können diese ihre konkrete, mitunter sehr verschiedene Wassersituation vor Ort zum Ausgangspunkt machen. In Deutschland dient das bereits erwähnte WHG mit seinen ausführenden Verordnungen für bestimmte Schutz- und Bewirtschaftungsbereiche wie etwa die Grundwasserverordnung (GrwV), die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) oder die Abwasserverordnung (AbwV) der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU. Deren Ziel ist es, alle Flüsse, Seen, Grundwasser und Küstengewässer bis spätestens 2027 in einen „guten Zustand“ zu überführen.

Aktuell steht für die Mitgliedstaaten die Anfang 2025 in Kraft getretene, novellierte EU-Kommunalabwasserrichtlinie zur Umsetzung in nationales Recht an. Die Frist hierfür läuft bis zum 31. Juli 2027. Mit der Novellierung soll nicht zuletzt Klima- und Umweltschutzbelangen Rechnung getragen werden: wie etwa die verbesserte Reinigung von Abwässern, vor allem in bestimmten Fällen durch Inanspruchnahme von Herstellern wasserqualitätsgefährdender Produkte für die Kosten einer sogenannten vierten Reinigungsstufe. Auch müssen Kommunen integrierte Abwasserbewirtschaftungspläne erstellen und die Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass kommunale Kläranlagen Energieneutralität anstreben.

Diese Beispiele zeigen, dass auf den verschiedenen Regelungsebenen viel zu tun ist. Diese Situation bietet jedoch zugleich Spielräume, die genutzt werden können, um bestehende Regelungen und Prozesse an die Herausforderungen anzupassen, die sich für das Wassermanagement aus den Auswirkungen des Klimawandels, Verschmutzung und Infrastrukturfragen ergeben.

Die Rolle von Wirtschaft & Technologie

In Industrie, Landwirtschaft, Energieerzeugung und Tourismus ist Wasser als Produktionsfaktor unverzichtbar. Besonders relevant ist es als Kühlwasser in Kraftwerken, Prozesswasser in der Industrie und zur Bewässerung in der Landwirtschaft. Zudem sind Flüsse und Meere Wasserstraßen zum Transport von Industriegütern. Der Rhein etwa ist als Deutschlands längster Fluss eine der wichtigsten europäischen Wirtschafts- und Verkehrsachsen. Wenn die Schifffahrt hier oder auf anderen Wasserstraßen durch Hoch- oder Niedrigwasser eingeschränkt ist, ist dies kosten- und schadensträchtig. Dürreperioden sind einer Analyse der OECD zufolge heute gegenüber der Jahrtausendwende von längerer Dauer und höherer Intensität. Ein zentraler Faktor ist dabei der Klimawandel, durch den sich auch die Dürregebiete vergrößert haben.¹² Dem *Global Risk Report 2024* des *World Economic Forum* lässt sich entnehmen, dass fünf der zehn größten Langzeitrissen für die Wirtschaft mit der Ressource Wasser in Verbindung stehen: Extremwetterereignisse, die kritische Veränderung der Erdsysteme, Biodiversitätsverlust und der Kollaps von Ökosystemen, die Verknappung natürlicher Ressourcen sowie Verschmutzung.¹³

Zugleich ist die Wirtschaft vielfach auf Energie angewiesen. Für deren Produktion wiederum ist Wasser ebenfalls von großer Bedeutung. Ein sehr hoher Anteil der Wasserentnahmen in Deutschland erfolgt im Zusammenhang mit der Energieversorgung: laut Nationaler Wasserstrategie aus dem Jahr 2023 etwa 44 Prozent. Während etwa für die öffentliche Wasserversorgung zu 70 Prozent Grund- und Quellwasser entnommen wird, handelt es sich bei den Entnahmen zur Energieversorgung überwiegend um Kühlwasser aus Flüssen, welches in die Kraftwerke geleitet wird.¹⁴ Somit sind auch hier wieder vor allem Niedrigwasserperioden ein Risiko.

Effizienz und Ressourcenschonung durch zirkuläre Wassernutzung

Wenn wirtschaftliche Akteure und landwirtschaftliche Produktion derart von den Auswirkungen wasserbezogener Extremsituationen betroffen sind, liegt es nahe, dass sie Wasserrisiken in ihre Geschäftsmodelle integrieren müssen und Verantwortung für eine nachhaltige Wassernutzung tragen. Dieser Verantwortung können sie auch durch die Nutzung wassereffizienter Geräte, innovativer Prozesse und neuer Technologien nachkommen. Laut dem Europäischen Patentamt hält Europa 40 Prozent der weltweiten Patente für Wassertechnologie.¹⁵

So kann mittels „wassersmarter industrieller Symbiosen“ (WSIS) aufbereitetes Abwasser als Ressource genutzt werden, etwa für die industrielle Kühlung. Dabei arbeiten Industrie und Wasserwirtschaft zu ihrem gegenseitigen Vorteil zusammen, um Wasser, Materialien und Energie zurückzugewinnen und wiederzuverwenden. Auf diese Weise kann durch zirkuläres Wirtschaften gerade für eine wasserintensive Produktion, etwa in der Textil- und Chemieindustrie sowie im

Energiesektor, und in wasserarmen Regionen die Abhängigkeit von knappen Frischwasserressourcen deutlich reduziert werden.¹⁶ Die Prozesse der Abwasserbehandlung bieten im Übrigen Potentiale zur Energierückgewinnung.

Zudem kann durch die Abwasseraufbereitung durch Membrantechnologien im Rahmen der WSIS hochwertiges Wasser für industrielle Kühlsysteme bereitgestellt werden, was einen Standortvorteil für High-Tech-Industrie darstellt. Im südostasiatischen Stadtstaat Singapur wird im Rahmen der NEWater-Initiative bereits seit den frühen 2000er Jahren aufbereitetes Abwasser durch Multi- oder Ultrafiltration und Umkehrosmose gereinigt und in ultrareines Trinkwasser umgewandelt.¹⁷ Das aufbereitete Wasser wird für Kühlzwecke von Unternehmen insbesondere in der Halbleiterproduktion genutzt, wo hochreines Wasser gebraucht wird. Singapur hat sich dadurch zu einem attraktiven Standort für diese kritische Zukunftstechnologie entwickelt. Auch für die Kühlung von Gebäuden (Klimaanlagen) wird NEWater genutzt. In Trockenperioden wird das aufbereitete Wasser bei Wasserknappheit zudem in die Trinkwasserversorgung eingespeist. So wird durch die Wasseraufbereitung sowohl einer nachhaltigen Wassernutzung als auch dem Aspekt der Versorgungssicherheit Rechnung getragen.

Untersuchungen legen nahe, dass es für Unternehmen durchaus ein Erfolgsfaktor sein kann, wenn sie neben dem Klimarisiko weitere Faktoren wie eben Wasserqualität oder Biodiversitätsverlust berücksichtigen und die gesamte Wertschöpfungskette überblicken.¹⁸ Zu einem solchen Rundumblick ist jedoch bislang offenbar nur eine Minderheit von Unternehmen bereit. Hinzu kommt, dass die Veröffentlichung von Daten seitens der Unternehmen – etwa zur Wassernutzung – unzureichend ist.

Datenlage ausbaufähig

Apropos Daten: Noch ein weiterer Aspekt ist der der virtuellen Wasserströme – also der Wassermengen, die bei der Herstellung von Gütern oder Dienstleistungen verbraucht oder verschmutzt werden¹⁹; auch wenn dies außerhalb des Ortes erfolgt, an dem sie konsumiert werden. Für in Deutschland konsumierte Produkte und Dienstleistungen beträgt dieser Anteil ca. 86 Prozent, wie der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem umfangreichen Gutachten mit Empfehlungen für die nationale und internationale Wasserpolitik festgehalten hat. Etwa 65 bis 90 Prozent der weltweiten Ströme virtuellen Wassers stammen demnach aus dem Handel mit Agrarprodukten, der vielfach mit Niedrigeinkommensländern erfolgt, dort die Wasserknappheit verstärkt und mitunter die Ernährungssicherheit bedrohen kann. Während diese Ströme wissenschaftlich gut dokumentiert seien, bestehe hinsichtlich des Industrie- und Energiesektors noch Forschungsbedarf. Es ist zudem davon auszugehen, dass der virtuelle Wasserfußabdruck bislang nur unzureichend ins Bewusstsein von Konsumentinnen und Konsumenten vorge drungen ist.²⁰

Eine (noch) „wasserblinde“ Gesellschaft?

Wasserprobleme rücken regelmäßig in das Bewusstsein, wenn über verheerende Auswirkungen von Extremwetterereignissen berichtet wird oder Menschen davon selbst betroffen sind. Dennoch sieht nur ein sehr geringer Prozentsatz der Bevölkerung Krisen in Zusammenhang mit Wasser als das dringlichste Problem. Die komplexen Zusammenhänge zwischen den Auswirkungen des Klimawandels oder anderen als drängend erachteten Themen wie Migration und Wasserversorgung sind weniger geläufig. Grundsätzlich haben Bürgerinnen und Bürger in Deutschland positive Assoziationen mit dem Thema Wasser, wie eine Umfrage für den Wasseratlas 2025 ergeben hat: Wasser ist erfrischend, natürlich und überlebenswichtig, und wir sollten als Gesellschaft mehr auf unser Wasser achten (87 Prozent der Befragten). Die primäre Verantwortung hierfür wird jedoch bei Industrie, Wasserwirtschaft und Politik gesehen, weniger beim eigenen Umgang mit Wasser.²¹

Dieser Befund legt nahe, dass das Risikobewusstsein im Hinblick auf das Thema Wasser im Allgemeinen und zudem das Bewusstsein für lokale Wasserprobleme in der Gesellschaft noch geschärft werden müssen. Medien greifen wasserbezogene Themen zunehmend auf. Kinder und Jugendliche werden schon im Schulunterricht darüber informiert, dass es wichtig ist, sparsam und sorgsam mit Wasser umzugehen, und sie werden über Zusammenhänge zwischen Wasserkrisen und dem Klimawandel aufgeklärt. Bildungs- und Beteiligungsangebote sollten aber auch für Erwachsene ausgebaut werden, einschließlich lokalen Initiativen zum praktischen Erfahrungsaustausch und zur Förderung der Selbstorganisation mit Blick auf die zur Normalität werdende Unsicherheit. Interessen- und Kommunalverbände könnten ebenfalls einbezogen werden. Diese Angebote sollten im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts zudem Kenntnisse über die unterschiedlichen Anpassungskapazitäten und besondere Vulnerabilität verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wie etwa Kinder, Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren vermitteln.

Die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Wasserkrisen könnte so mit der Zeit erhöht werden. Durch Anreize zum Wassersparen und zur effizienten Wassernutzung im Alltag, beispielsweise durch den flächendeckenden Einbau intelligenter Wasserzähler, könnten die Privathaushalte aktiv eingebunden und ihnen die Erfahrung vermittelt werden, dass sie durch selbstbestimmtes Handeln einen Beitrag leisten können, der sich auch für sie selbst wirtschaftlich lohnt.

Die Europäische Wasserresilienzstrategie

Über den nationalen Kontext hinaus gilt es, die europäische Ebene im Auge zu behalten, denn viele Wasserressourcen werden zwischen Ländern geteilt – und damit auch die Herausforderungen beim Wassermanagement. Daher sind länderübergreifende rechtliche Regelungen und Standards erforderlich, zumal gerade in Europa Wassernotlagen zunehmen. Europa ist der Kontinent, der sich durch den Klimawandel am schnellsten erwärmt. Etwa ein Drittel der EU-Bevölkerung lebt in Regionen, die dauerhaft oder saisonal von Wasserknappheit betroffen sind.²² Dem trägt die Anfang Juni veröffentlichte EU-Wasserresilienzstrategie Rechnung.

„Wir brauchen eine ernsthafte Debatte über Wasser“, so EU-Umweltkommissarin Jessika Roswall im FAZ-Interview.²³ Wohl auch als Beitrag in diesem Sinne hat die EU-Kommission Anfang Juni 2025 eine *EU Water Resilience Strategy* vorgelegt, die zunächst für den Zeitraum bis 2030 konkrete Maßnahmen enthält, um Europa bis 2050 wasserresilient zu machen. Die Strategie orientiert sich für diese Maßnahmen am Grundsatz der Wassereffizienz (*water efficiency first*). Die drei Ziele der Strategie sind: die Wiederherstellung und der Schutz des Wasserkreislaufs, die Schaffung einer wasserbewussten Wirtschaft (*water-smart economy*) zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie die Sicherung von sauberem und erschwinglichem Wasser und eine Sanitärversorgung für alle.

Wasserresilienz wird in der neuen Strategie als eine Frage der Sicherheit und Krisenvorsorge gesehen. Daher soll Wasserinfrastruktur unter die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (*Critical Entities Resilience Directive, CER*)²⁴ und die Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS2)²⁵ gestellt werden.

Auch eine Geschäftsgelegenheit für die EU-Industrie sieht die EU-Kommission in dem Streben nach Wasserresilienz. Innovationen durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) wird Beschleunigungs- und Vereinfachungspotential für das Wassermanagement beigemessen. Die EU-Strategie betont zudem die oben erwähnte Bedeutung von Bildung, Bewusstseinsförderung und partizipative Governance.

Das Monitoring der Umsetzung der Strategie erfolgt mittels eines systematischen Verfahrens, das sowohl institutionelle Mechanismen als auch technologische und regulatorische Instrumente umfasst. Ab Dezember 2025 will die EU-Kommission alle zwei Jahre ein *Water Resilience Forum* von EU-Akteuren im Bereich Wasser zusammenrufen, um die Umsetzung der Strategie und den Fortschritt bei der Förderung von Wasserresilienz auf allen Regierungsebenen, in der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu evaluieren. Dabei kann das Wissen zu Wassermanagement auf verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Ebenen ausgetauscht und gebündelt werden. Es sollen zudem erforderlichenfalls Anpassungen der in der Strategie vorgesehenen Maßnahmen vorgenommen werden. Ein zentrales Monitoring-Instrument ist der strukturierte Dialog mit den Mitgliedstaaten, Regionen und Wasserbehörden. Ziel ist die Schließung von Umsetzungslücken bei bestehenden Richtlinien wie der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. Auch auf Digitalisierung und KI zur Echtzeitüberwachung (*smart metering*) setzt die Strategie, was das Teilen von Daten über wasserrelevante Entwicklungen zwischen den Mitgliedstaaten fördern kann.

Ausdrücklich wird in der Strategie betont, dass angesichts unterschiedlicher Gegebenheiten und Vulnerabilität in Bezug auf Wasser – sei es Quantität, Qualität oder beides – in den EU-Mitgliedstaaten diesen die Organisation ihres Wassermanagements selbst überlassen bleibt. Sowohl die Monitoring-Vorhaben bzgl. der Umsetzung der Strategie als auch die Berücksichtigung der Subsidiarität der EU-Ebene zielen in die richtige Richtung. Wichtig ist, dass Doppelstrukturen und übermäßige Bürokratie vermieden werden. Dies sollte in den kommenden Jahren beobachtet werden.

„Kilometersteine“ für ein klimaresilientes Wassermanagement

Wasserressourcen müssen langfristig gesichert, gesteuert und genutzt werden. Darüber besteht in der Theorie Konsens – die Strategiedokumente auf Bundes- und EU-Ebene zeugen davon.

Wichtig erscheint nun vor allem Folgendes:

- Die Strategien und rechtlichen Bestimmungen – gerade auch auf EU-Ebene – müssen priorisiert **umgesetzt** und ein geeignetes **Monitoring** von Erfolgen und **Anpassungsbedarfen** aufgesetzt werden. Diese werden sich nicht zuletzt durch klimawandelbedingte Entwicklungen immer wieder geben können.
- Dabei müssen **Anreize** für den sorgsamen Umgang mit Wasser geschaffen und unter Einbeziehung der betroffenen Akteure - Bund, Länder, Kommunen, Fachverbände, Wirtschaft, Bevölkerung – **Flächen- und Nutzungskonflikte regional differenziert geregelt** werden. Wasserqualität und -quantität müssen zusammengedacht werden.
- Wasserpolitik muss ein prioritärer Teil der Klimaanpassungspolitik sein. Dafür bedarf es einer **ressortübergreifenden Zusammenarbeit** und der Integration der Wasserpolitik in andere Politikbereiche einschließlich der Sicherheitspolitik – auf nationaler und EU-Ebene. Wasserinfrastruktur ist Teil der kritischen Infrastruktur (vielleicht die elementarste überhaupt) und muss als solche priorisiert werden. Wissen und Erfahrung auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sollten dafür gebündelt werden.
- Für die **Koordination** sollten vor allem bereits **vorhandene Strukturen** genutzt werden, um den bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten und keine Zeit zu verlieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich das im Koalitionsvertrag vorgesehene Bund-Länder-Gremium zur länderübergreifenden Vorbereitung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen gegen Wassermangel für Flüsse von der bestehenden Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) in seinen Kompetenzen unterscheiden wird. Neben

der Vorsorge gegen Wassermangel muss der Hochwasser- und Küstenschutz vorangetrieben werden.

- Die **Wasserinfrastruktur** muss instandgehalten, ausgebaut und klimaangepasst umgebaut werden. Ferner gilt es, zur Steigerung der Resilienz durch innovative Lösungen verstärkt die zirkuläre Nutzung von Wasser zu ermöglichen.
- **Politikbegleitende Forschung** zum Thema Wasser(-management) muss gefördert, die Digitalisierung im Wassermanagement vorangetrieben und vorhandene Technologien müssen skaliert werden.
- Das beschlossene **Infrastrukturpaket** der Bundesregierung sollte genutzt werden, um sowohl die **Wasserinfrastruktur** den Herausforderungen anzupassen als auch **Forschung** und (Bewusstseins-) **Bildung** in der Bevölkerung zu Wasserfragen zu intensivieren. Dabei sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es erlauben, aus Innovationen *Business cases* zu machen. Reallabore für Wasserwirtschaft könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten.
- Wasser wird zunehmend ein **Wettbewerbsfaktor** werden. Für die Wirtschaft erwachsen daraus neue Geschäftsmodelle: sei es bzgl. wassersparender **Technologien**, zirkulärer Wassernutzung oder in der Förderung von Forschung. Sie nutzt Wasser vielfach und ist daher gemeinsam mit der Politik zu seinem Schutz in der Pflicht.
- Die Mitgliedstaaten der **Europäischen Union** teilen sich Wasserressourcen, so dass eine immer bessere Koordination wasserbezogener Maßnahmen erforderlich ist. Zugleich sollte die europäische Technologieführerschaft im Wasserbereich auf EU-Ebene genutzt werden, um eine Führungsrolle in der **Wasserdiplomatie** einzunehmen und diese bei den in 2026 und 2028 anstehenden UN-Wasserkonferenzen auch zur Unterstützung von Entwicklungsländern strategisch und selbstbewusst zu vertreten.

Herausforderungen um Wasser sind nie nur hydrologische oder ökologische Phänomene. Vielmehr haben sie auch wirtschaftliche, soziale und politische Auswirkungen. Sie lassen sich aber gestalten – durch einen langfristigen Blick auf das große Ganze und das mutige, innovative Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Wenn den vielfältigen Denkprozessen Taten folgen, kann Wasserkrisenmanagement in Wasserrisikomanagement münden und Wasserresilienz aufgebaut werden.²⁶

Resilienz ist weniger ein Zustand als eine Haltung, die sich auf **einen** konstanten Anpassungsbedarf einstellt und hierfür Rahmenbedingungen schafft. Die Politik kann hier die Chance ergreifen, durch pragmatische Setzung von Prioritäten in der Wasserpolitik ihre vielfach bezweifelte Problemlösungskompetenz bei einem elementaren Thema unter Beweis zu stellen, das für Gesellschaft, Wirtschaft und Natur eine noch vielfach unterschätzte, aber hohe Dringlichkeit hat.

¹ [Wetter und Klima - Deutscher Wetterdienst - Presse - Deutschlandwetter im Frühjahr 2025](#)
[zuletzt aufgerufen: 22.07.25]

- ² WBGU-Gutachten „Wasser in einer aufgeheizten Welt“, Zusammenfassung, S. 1: [wbgu_hg2024_zf.pdf](#) [zuletzt aufgerufen: 28.07.25]
- ³ [Nationale Wasserstrategie – Kabinettsbeschluss vom 15. März 2023](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ⁴ [Kampf ums Wasser: Die neue Regierung ist gefordert | FAZ](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25].
- ⁵ [FAO AQUASTAT Dissemination System](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ⁶ [The United Nations World Water Development Report 2024: water for prosperity and peace - UNESCO Digital Library, IPCC AR6 SYR SPM.pdf](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ⁷ [WBGU, Politikpapier Nr. 14, „EU-Wasserpolitik im Aufbruch: Die EU-Wasserresilienzstrategie als Chance nutzen“](#) [zuletzt aufgerufen: 21.07.25]
- ⁸ „Verantwortung für Deutschland“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, insbes. Ziff. 1329 ff. [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ⁹ Umweltbundesamt, Projektinformation Entwicklung von Leitlinien für den Umgang mit Wasserknappheit, Oktober 2024 bis Oktober 2026: [projektsteckbrief leitlinien wasserknappheit final.pdf](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ¹⁰ [BfG - Niedrigwasserinformationssystem \(NIWIS\)](#) [zuletzt aufgerufen: 29.07.25]
- ¹¹ Michael Reinhardt, Institut für Deutsches und Europäisches Wasserwirtschaftsrecht, [Gibt es den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung noch?](#), 2021 [zuletzt aufgerufen: 02.08.25]
- ¹² OECD (2025), *Global Drought Outlook: Trends, Impacts and Policies to Adapt to a Drier World*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/d492583a-en> [zuletzt aufgerufen: 29.08.25]
- ¹³ [Global Risks Report 2024 | World Economic Forum | World Economic Forum](#) [zuletzt aufgerufen: 04.09.25]
- ¹⁴ [Monitor Nachhaltigkeit Klar zur "Wasserwende"?](#) [zuletzt aufgerufen: 29.08.25]
- ¹⁵ Europäisches Patentamt, [Innovation in water-related technologies](#), Juli 2024 [zuletzt aufgerufen: 04.09.25]
- ¹⁶ [Abwasser als Ressource: Fortschritte im nachhaltigen Wassermanagement | Kompetenzzentrum Wasser Berlin](#) [zuletzt aufgerufen: 03.09.25]
- ¹⁷ [NEWater | PUB, Singapore's National Water Agency](#) [zuletzt aufgerufen: 03.09.25]
- ¹⁸ [CDP Corporate Health Check 2025, Berichte über Umweltfolgen: Was gegen den Klimawandel hilft | FAZ](#) [zuletzt aufgerufen: 09.09.25]
- ¹⁹ WBGU-Gutachten „Wasser in einer aufgeheizten Welt“, S. 40: [Hauptgutachten: Wasser in einer aufgeheizten Welt](#) [zuletzt aufgerufen: 03.09.25]
- ²⁰ [Wasseratlas 2025: Daten und Fakten über die Grundlage allen Lebens](#), S. 46 [zuletzt aufgerufen: 03.09.25]
- ²¹ Ibid.
- ²² [Wassernutzung in Europa – Quantität und Qualität stehen vor großen Herausforderungen — Europäische Umweltagentur](#), Stand 2023 [zuletzt aufgerufen: 21.07.25]

- ²³ [EU-Umweltkommissarin Roswall im Interview über Wasserknappheit | FAZ](#)
[zuletzt aufgerufen: 04.09.25]
- ²⁴ Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0829 [zuletzt aufgerufen: 05.09.25]
- ²⁵ Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, [Richtlinie - 2022/2555 - EN - EUR-Lex](#) [zuletzt aufgerufen: 05.09.25]
- ²⁶ [Will Europe's next crisis be a water crisis?](#), European View, Vol. 22, No. 2 [zuletzt aufgerufen: 05.09.25]

Impressum

Die Autorin

Gisela Elsner ist Referentin für globale Nachhaltigkeitspolitik in der Abteilung Globale Ressourcen und Nachhaltigkeit (Hauptabteilung Analyse und Beratung) bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Zuvor leitete sie jeweils im Rahmen mehrjähriger Auslandsaufenthalte die Büros des regional arbeitenden KAS-Rechtsstaatsprogramms für Lateinamerika und Asien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gisela Elsner

Referentin Grundsatzfragen Nachhaltigkeit
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3759

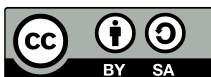
gisela.elsner@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gestaltung: yellow too Pasiak & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)